

Verantwortlicher Redakteur: W. Stevers in Stettin.
Berleger und Drucker: A. Großmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.,
vierteljährlich.

Anzeigen: die Zeitzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Beilagen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler,
G. L. Danneberg, Berlin, Bernh. Arnst, Max
Gerstmann, Otto Thiele, Elberfeld W. Thienes, Greis-
wald G. Illies, Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg
Heinr. Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilken,
Königsberg Aug. J. Wolf & Co.

Deutschland.

Berlin, 6. Mai. Schon vor den Oster-
festtagen hatte der Abgeordnete Lohren zu den
Bestimmungen über die Rentenberechnung einen
Antrag eingebracht, der unserer Meinung nach
darauf berechnet sein sollte, die Rente in den
ersten Jahren der Beitragszeit etwas schneller
steigen zu lassen, als dies bei den anderen An-
trägen der Fall war. Der Antragsteller ist nun
wohl darauf aufmerksam gemacht worden, daß
dadurch für die Übergangszeit, wo sehr viele
ältere Arbeiter mit größerer Invaliditätsgefahr
versicherungspflichtig sind und nach kurzer Beitragszeit
vielleicht invalide werden, eine sehr starke Ver-
lastung eintreten könnte. Dies hat Herr Lohren
vermeiden wollen, deshalb hat er die Steigerung
der Rente abgelehnt nach dem Lebensalter der
Versicherten. Für Personen, die sich noch vor
dem vierzigsten Lebensjahre befinden, soll die
Steigerung der Rente in den ersten fünf Jahren,
also in der Wartzeit, 18, 30, 42 beziehungs-
weise 54 Pfennig für jede Beitragswoche in den
vier Lohnklassen betragen. Stehen aber die Ver-
sicherten in einem höheren Lebensalter als vier-
zig Jahre, so soll die Steigerung der Rente in
der Wartzeit nur 6, 10, 14 und 18 Pfennig,
also ein Drittel der obigen Sätze, für die Bei-
tragswoche betragen. Die Anfangsinvalidenrente
würde also für Personen, die vor ihrem vier-
zigsten Lebensjahre versicherungspflichtig werden,
nach Ablauf der Wartzeit in den verschiedenen
Lohnklassen betragen ohne Reichszuschuß 42,30
Mark bzw. 70,50 Mark, 98,70 Mark und
126,90 Mark; für Personen dagegen, die erst
nach dem vierzigsten Jahre versicherungspflichtig
werden, 14,10 Mark, 23,50 Mark, 32,90 Mark
und 42,30 Mark. Der Reichszuschuß soll auch
verschiedenartig bemessen werden. Er soll für
Beitragswochen vor dem vierzigsten Lebensjahre
lebenden versicherten Personen 22 Pfennig für
jede Beitragswoche der Wartzeit betragen, also
wenn alle fünf Beitragsjahre der Wartzeit von
den betreffenden Personen vor dem vierzigsten
Lebensjahre geleistet sind, würde der Reichszu-
schuß 51,70 Mark betragen. Für alle Personen
aber, die nach dem vierzigsten Lebensjahre ver-
sicherungspflichtig werden, beziehungsweise für
solche Personen, für welche nicht kraft gesetz-
licher Vorschrift, sondern freiwillig Beiträge
geleistet werden, soll jedoch der Reichszuschuß
nur 10 Pf. für jede Beitragswoche der Warte-
zeit, also nur 23,50 Mark betragen. Nach der
fünfjährigen Wartzeit sollen die Renten dann
wieder wie im früheren Antrage Lohren um 3,
5, 7, 9 Pf. für jede Beitragswoche steigen. Die
Altersrente verlangt eine dreißigjährige Warte-
zeit (d. h. 1410 Beitragswochen); sie setzt
sich zusammen aus 50 Mark Reichszuschuß und
4, 6, 8, 10 Pf. Steigerung für jede Beitrags-
woche in den vier Lohnklassen. Angenommen,
daß jeder Arbeiter nur in einer einzigen Lohn-
klasse zahlt, würde sich die Altersrente auf
106,40 Mark, 134,60 Mark, 162,80 bzw.
191 Mark stellen. Die Folge des neuen An-
trages Lohren ist nun, daß sich die Anfangs-
rente für Invaliden, die vor dem vierzigsten Le-
bensjahre ihre Wartzeit erledigt haben, unge-
fähr 10 bis 20 Mark niedriger als die Al-
tersrente stellt, nämlich auf 94 Mark, 122,20
Mark, 149,40 Mark und 178,60 Mark in den
vier Lohnklassen. Für die Versicherten aber,
welche erst nach dem vierzigsten Lebensjahre ver-
sicherungspflichtig geworden sind, würde sich die
Anfangsrente auf nur 37,60 Mark, 47 Mark,
56,40 Mark und 65,80 Mark stellen. Ein
Arbeiter, der mit dem Inkrafttreten des Gesetzes
vierzig Jahre alt würde, würde nach dreißig-
jähriger Beitragszeit mit dem vollendeten vier-
zigsten Lebensjahre eine Invalidenrente von nur
72,85 Mark, 108,75 Mark, 138,65 Mark,
171,55 Mark in den vier Lohnklassen zu bean-
spruchen haben, während ihm eine 20 bis 30
Mark höhere Altersrente zusteht. Eine solche
seltsame Erscheinung werden die Leute nicht be-
greifen. Noch viel weniger begreiflich aber ist
es, daß einem Manne, der gleich nach dem In-
krafttreten des Gesetzes mit dem 16. Lebens-
jahre versicherungspflichtig geworden ist, nach
dreißigjähriger Beitragszeit, also nach voll-
endetem 46. Lebensjahre, eine Invalidenrente von
129,25 Mark, 180,95 Mark, 231,65 Mark
und 284,35 Mark zusteht, d. h. ca. 60 Proc.
mehr als dem anderen Arbeiter, der im 70.
Lebensjahre invalide wird, der ganz genau die-
selben Beiträge gezahlt hat, der aber eine viel
geringere Lebensdauer vor sich hat. Der neue
Antrag Lohren ist also nur geeignet, die Ueber-
gangszeit für die Arbeiter schmerzlicher zu gestalten,
als nach den bisherigen Vorschlägen.

Ultramontane wie nichtultramontane
Meinungskämpfer sind stillschweigend darin überein-
gekommen, daß es nichts Oberes und langweiligeres
gibt, als ultramontane Zeitungen, ultramontane
Bellettristik und ultramontane Wissenschaft.
Ueber die tiefer liegenden Ursachen dieser
bedauerlichen Erscheinung kann man verschiedene
Ansicht sein; die Ursache der geistigen Bequem-
lichkeit, Schwermüdigkeit und Unbeweglichkeit der
ultramontanen Kreise liegt fest, sie macht sich in
der Politik wie in der Literatur in der Dürftig-
keit der selbstständigen Leistungen wie in der
Abhängigkeit von fremder Erziehung bemerkbar
und sie wird von allen unbefangenen
und ruhig denkenden Beobachtern zugegeben.
Die schlimmste Krankheit, welche den meisten ul-
tramontanen Lebensäußerungen anhaftet, wird
dabei nicht einmal bestritten; dieselbe liegt
auf dem stichtischen Gebiet, scheint vom Fanatis-
mus untrennbar zu sein und heißt unchristliche
Lieblosigkeit und Verleumdungssucht. In
dieser Beziehung dämmert nur hier und da einem
Ultramontanen ein Fünkchen Selbsterkenntnis
auf; über die Unzulänglichkeit der ultramontanen
Bellettristik macht in den Stimmen aus
Maria Raach P. Kreiten, dessen literaturgeschicht-
liche und kritische Tätigkeit ihn zu einem Ur-

theil befähigt und berechtigt, einige offenherzige
Bemerkungen, welche auch auf die journalistische
Vertretung des Ultramontanismus in Auge-
meinen zutreffen:

„In unserer — leider nur zu rasch an-
schwellenden — katholischen Bellettristik in gebun-
dener wie ungebundener Rede wird gegen die
Regeln des ästhetischen Ausbaues noch mehr als
gegen diejenigen des künstlerischen Ausbaues ge-
sündigt. Sollen wir in der Ueberfülle des
Mittelmaßigen nicht erstickend, sollen wir den un-
berufenen Dilettanten nach der Wahrheit und
zum allgemeinen Nutzen ihr Urtheil sprechen, so
dürfen wir vor Allem den anerkannten Namen
gegenüber nicht mit unsern Bedenken, die ja im
Uebrigen nur das Werth sind, was sie beweisen,
zimperlich zurückhalten. Wenn man sich heut-
zutage über die Stumpfheit und Gleichgültigkeit
des katholischen Publikums so oft beklagt, so
darf nicht übersehen werden, daß einen Theil
der Schuld auch die katholischen Autoren und
die katholische Kritik tragen. Es wäre ja un-
gerecht, leugnen zu wollen, daß bei vielen ka-
tholischen Leibern die Tyrannin Mode auch in li-
terarischen Dingen das entscheidende Wort spricht,
daß man glaubt, zu einem rechten Salon gehöre
nicht bloß das Makart-Bouquet auf dem Trümmel-
oder Flügel, sondern auch der neueste Ebers,
Dahn, Baumbach u. s. w. auf dem Büchertisch.
Wir kennen diese Schwäche des katholischen Pu-
blikums — und möchten ihr eben abhelfen, in-
dem wir nach den Ursachen des Uebels suchen.
Als eine solcher Ursachen erscheint es uns denn,
daß die Durchschnittsproduktion katholischer
nicht auf jener Höhe der Bildung und des In-
teresses steht, wie es erwartet wird und bis zu
einem gewissen Grad erwartet werden muß.
Gewiß wird ein wahrhaft katholischer Schrift-
steller sich und sein Werk nie schänden durch
Kunstmittel, wie sie so oft angewendet werden,
um durch sinnliche Reizmittel Phantasie und Ge-
fühl anzuregen und dadurch Interesse zu wecken.
Aber zwischen unmoralisch-pikant und moralis-
tisch-langweilig, zwischen realistisch-unästhetisch
und theowässrig-fade, zwischen materialistisch-pesti-
mischer Lebensauffassung und idyllischem Ge-
winnel liegt die ganze Abkunft geistiger Kunst-
arten, die auch dem Katholiken als Künstler und
Leser nicht versagt sein sollen. Nun ist aber
nicht zu leugnen, daß sowohl in technischer Be-
ziehung, d. h. in der Kunst, den Leser zu fesseln,
als auch in stofflicher Hinsicht, d. h. in den
psychologischen oder künstlerischen Problemen,
unsere katholischen Autoren vielfach gegen die
besseren auf der anderen Seite zurückstehen. Und
ist man ferner nicht oft zum Verdacht versucht,
es habe sich in bellettrischer Beziehung in vielen
katholischen Kreisen die Meinung festgesetzt, es
brauche nur etwas von katholischer Seite zu
kommen, um für Katholiken empfehlenswerth und
— gut genug zu sein?“

Zu der Veröffentlichung der Witten-
Broschüre „Mein Konflikt mit Herrn Hof-
und Domprediger Stöder“ bemerkt die „Nordd. Allg.
Ztg.“:

„Wer sich über den vielbesprochenen Streitfall
Stöder-Witte ausführlicher unterrichten will, findet
in der Broschüre dasjenige Material gesammelt,
welches nach und nach schon auf andere Weise
und theilweise durch die „Nordd. Allg. Ztg.“ be-
kannt wurde. Außerdem werden einige weitere
Briefe und sonstige begleitende Umstände mitge-
theilt, welche aber nur als Ergänzungen zu dem
durch das schon Bekannte gegebenen Thatsachen-
material dienen können. Wir verzichten, nachdem
das Material Jedem zugänglich ist, auf weitere Mit-
theilungen aus der Broschüre, da das Wesentliche
ihres Inhaltes in thatsächlichem Material unseren
Lesern bereits bekannt ist; die Auffassungen und
Schlußfolgerungen aber, welche Pastor Witte zieht,
zu verbreiten, halten wir nicht für unsere Aufgabe,
weil deren Prüfung und Beurtheilung nicht zu
unserem gehört.“

hoben fühlte, welcher sich nicht scheut, seine poli-
tischen Kämpfe auf Kosten seiner eigenen Frau
anzusechten.“

Die unbestreitbare Thatsache, daß es in
Preußen viel mehr Gerichtsassessoren giebt, als
der staatliche Bedarf es erfordert, hat schon
zu den verschiedensten Plänen geführt, in welcher
Weise dem Uebelstande, daß die Assessoren länger
Jahre ohne Besoldung bleiben, abzuhelfen
wäre. Man schaut sich indessen, wohl mit Recht,
an der Stelle einzugreifen, wo am wirksamsten
zu helfen wäre: bei der Annahme als Assessor
nach gemachten Examen. Wenn die zum
ersten Examen zugelassenen jungen Juristen
wüßten, daß sie nur im Falle einer Balanz,
d. h. im Falle, daß nicht die für Preußen fest-
zusetzende Zahl der Referendarien im Vor-
bereitungsdiensst beschäftigt ist, darauf rechnen
können, zugelassen zu werden, so würde voraus-
sichtlich die Neigung zum juristischen Studium
abnehmen. Es ist nun zwar nicht ersichtlich,
warum die Justiz nicht dasselbe Recht haben soll,
welches sich alle anderen Verwaltungszweige in
mehr oder minder großem Umfange belegen
dürfen, aber andererseits ist auch sicher, daß eine
solche Beschränkung der Annahme im Publikum
eine sehr üble Aufnahme finden würde, und
dann könnte man gegen dieselbe auch ins Feld
führen, daß die Assessoren durchaus nicht alle
in der Justiz verbleiben, sondern zu einem nicht
geringen Prozentsatz in andere Laufbahnen über-
gehen und nur ihre Ausbildung in der Justiz
gewinnen wollen. Aus diesem Grunde wird von
einem so radikalen Vorgehen gegen die Ueber-
füllung in der Justiz Abstand zu nehmen sein.

Dagegen wäre die von der „Kölnischen
Zeitung“ in Anregung gebrachte Beschränkung
in der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft schon
eher ins Auge zu fassen; dieselbe würde eine
Proletarisierung dieses Standes verhindern und
auch wohl einen, allerdings nicht bedeutenden,
Einfluß auf die Abnahme des juristischen Stu-
diums überhaupt ausüben vermögen. Es ist
eben mit den Prinzipien eine eigenthümliche
Sache, und die freie Advokatur, welche in Zeiten,
wo der Andrang zum juristischen Studium nor-
male Grenzen nicht überschreitet, keine Gefahren
birgt, wird sofort bedenklich, wenn eine Ueber-
zahl qualifizierter Personen vorhanden ist. Man
darf annehmen, daß die deutschen Justizverwal-
tungen diese Frage nicht aus den Augen ver-
lieren und, wenn die Verhältnisse sich weiter in
dem ungunstigen Bahnbewegungen sollten, in
dem gedachten Sinne der Volksvertretung Vor-
schläge machen werden.

Um nun die missliche Lage der unbesoldeten
Assessoren zu verbessern und denselben nach
bestandenem Examen eine Besoldung zu gewähren,
wird in der „Hamburgischen Korrespondenz“ vor-
geschlagen, dieselben, wie früher in Kurhessen die
Aktuare, eine Stelle als Gerichtsschreiber bei
einem Amtsgericht einige Jahre versehen zu lassen.
Insbesondere werden die mit einem Richter be-
setzten Amtsgerichte in den kleinen Städten und
auf dem platten Lande hierfür vorgeschlagen, weil
hier die freiwillige Gerichtsbarkeit meist über-
wiegt, deren Geschäfte ebenso instruktiv wie wich-
tig seien, und die Kandidaten für das Richter-
amt nirgends so günstige Gelegenheiten hätten,
diese Geschäfte kennen zu lernen. Ferner sollte
dieses Amt die Aufnahme der bei Gericht
mündlich angebrachten Klageanträge in Zettelpro-
kurelle besorgen. Die mechanischen Geschäfte sollten
einem aus jetzt vorhandenen Bureaugehilfen
übertragen und die Aktuarestellen mit 1800 bis
3000 Mark dotirt werden. An Dörfern würde
es unter den unbesoldeten Assessoren nicht
fehlen, zumal wenn ein Anruder dieser Aktuare
in Richterstellen nicht ausgesprochen wäre.

Diese Vorschläge nehmen bei oberflächlicher
Betrachtung für sich ein, indessen sprechen zu-
nächst soziale Gründe gegen dieselben. Der an-
gehende Richter kann nicht in dauernder Weise
als Gerichtsschreiber beschäftigt werden, ohne daß
seine Autokratie dem Publikum gegenüber leiden
würde. Dann aber kommt hinzu, daß diese
Assessoren den Justizwärtern die für sie be-
stimmten Stellen wegzunehmen würden, und vor
allem Dingen würde es sich nicht vermeiden
lassen, daß gewissermaßen zwei Klassen von
Assessoren, solche, die es vorziehen, in der rein
richterlichen Thätigkeit zu bleiben und solche, die
in dem Subalterndienst eine zeitweise Unterkunft
suchen, sich ausbilden würden, was entschieden
für die einheitliche Geschlossenheit des Richter-
standes nicht von Vortheil wäre. Zudem würde
sich jeder Assessor fragen müssen, warum er eine
so lange Ausbildung mit so großen Opfern ge-
nossen habe, wenn er doch später noch auf Jahre
in einer Stellung beschäftigt werden sollte, die
in jocularer Beziehung der des Referendars sicher
in keiner Weise überlegen ist. Ob es auch sehr
vorthellhaft wäre, wenn eine jahrelange, immer-
hin nicht richterliche Thätigkeit an den Beginn
der richterlichen Laufbahn gestellt würde, ist eben-
falls zu erwägen. Schließlich wird es doch
immer wieder darauf ankommen, daß man den
Zugang zur Unterstufe zu hemmen und die gebildete
Jugend auch auf andere Wege, als die des
Staatsdienstes, zu lenken sucht. Wenn nicht
Alles täuscht, so befinden wir uns in einem Zeit-
raume des Aufschwunges der gewerblichen Thätig-
keit im weitesten Sinne des Wortes, und diesen
Aufschwung werden sich auch die überschüssigen
Kräfte der Gebildeten im deutschen Volke dienst-
bar zu machen wissen.

Die Parade der Berliner Garnison vor
dem König von Italien wird am 23. Mai auf
dem Tempelhofer Felde stattfinden, am Tage
darauf stehen die Potsdamer Truppen auf dem
Bornstedter Felde in Parade. Am 29. Mai
nimmt der Kaiser über die Berliner Garnison
die Frühjahrsparade ab. An demselben Tage
im vorigen Jahre führte der Kronprinz Wilhelm
die zweite Infanteriebrigade auf dem Schloßhofe
von Charlottenburg im Prädemarsch seinem
Vater, dem Kaiser Friedrich, vor. Es waren

dies die einzigen Truppen, die der verewigte Herr-
scher während seiner Regierung gemustert hat.

Man schreibt aus Potsdam: Prinz Fried-
rich Leopold wird das Marmorpalais im neuen
Garten nicht beziehen, vielmehr, nach seiner am
24. Juni stattfindenden Vermählung, zunächst
eine kurze Hochzeitsreise machen und sodann in
dem alten Schloß Glienicke, rechts an der Ber-
lin-Potsdamer Chaussee belegen, so lange Woh-
nung nehmen, bis der Umbau des Jagdschlosses
Glienicke vollendet ist, was wohl kaum in diesem
Jahre geschehen dürfte.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“
schreibt: „Der Reichstag tritt morgen wieder
zusammen und wird zugleich die vor Jahren unter-
brochene zweite Lesung der Alters- und In-
validitätsversicherung fortsetzen. Die zweite
Lesung dürfte sich noch in dieser Woche zu Ende
führen lassen. Dann dürfte im Interesse der
sachgemäßen Vorbereitung auf die dritte Lesung,
die voraussichtlich noch recht umfangreiche Er-
örterungen mit sich bringt, ein Zwischenraum
von mehreren Tagen angezeigt sein. Mittler-
weile hat der Reichstag auch Zeit, um andere
halbfertige Beratungen zu vollenden. Erheb-
liches befindet sich nicht darunter und es ist
wahrscheinlich auch für diese Frühjahrs-Session
sonst Erhebliches nicht mehr zu erwarten. Wenn
die Regierung in Preußen, wie von einigen
wenigstens versichert worden, so große Rücksicht
auf den gesicherten Fortgang der Beratung des
großen Versicherungsgesetzes im Reichstag ge-
nommen hat, daß sie die Einkommensteuer-Re-
form bis zum Winter bei Seite schob, so darf
man sich von der Reichsregierung der gleichen
Rücksicht umhinein versehen. Obgleich ist kein
zwingender Grund ersichtlich, die im Bundesrat
dem äußeren Vernehmen nach vorliegenden Ent-
würfe strafrechtlicher Natur noch im Frühjahr zu
erledigen, während es sich sehr leicht als ver-
hängnisvoll für die Altersvorsorge erweisen könnte,
wenn die Beratung derselben jetzt in Verbin-
dung mit anderen, der Masse noch unver-
ständlichen Gesetzgebungsfragen gebracht werden
müßte.“

Auf der französischen Botschaft wehte
am Sonntag zu Ehren der 100jährigen Feier
des Beginns der großen Revolution die blau-
weiß-rote Flagge.

Der erste Ausstellungssonntag war
für das Unternehmen ein in jeder Beziehung
„goldener“. Es muß angenommen werden, daß
etwa 20.000 Personen die Ausstellung besuch-
ten. Unter ihnen befand sich auch der hame-
rische Gesandte, welcher mehrere Aufträge erhielt.
Leider sollen einige Diebstähle an Ausstellungs-
gegenständen vorgekommen sein.

An der Pariser Welt-Ausstellung be-
theiligt sich offiziell: Die Vereinigten Staaten,
Österreich, Norwegen, Serbien, die Schweiz,
Japan, Persien, Siam, Marokko, die argentinische
Republik, Bolivien, Chile, Columbia, Ecuador,
Guatemala, Haiti, Mexiko, Nicaragua, Paraguay,
die dominikanische Republik, Salvador, Uruguay,
Venezuela, die englischen Kolonien Victoria, die
Republik von San Marino und das Fürstenthum
Monaco. Eine private Beteiligte, theilweise
durch Subventionen der Regierung, findet statt
durch England, Desterreich-Ungarn, Belgien,
Holland, Dänemark, Rußland, Italien, Rumänien,
Portugal, Luxemburg, Egypten, Brasilien,
China. Die einzigen nicht auf dem
Markte vertretenen Länder sind Deutschland,
Schweden, die Türkei und Montenegro.

Einer Meldung der „Indep. B.“
ist die Lage in Sanbhar sehr ernst, das Leben
aller dortigen Europäer scheint gefährdet. Wir
entnehmen dem Brüsseler Blatt darüber Fol-
gendes:

„Anfangs April sind in Folge der Ent-
deckung einer Verschwörung zahlreiche Verhaftungen
vorgenommen worden. Eine Abtheilung
„Filiboteros“, d. h. unregelmäßiger Soldaten des
Sultans, wollte sich nach der Person des
deutschen Konsuls bemühten und alle in San-
bhar anwesenden Europäer ohne Unterschied der
Nationalität ermorden. Der deutsche Konsul,
welcher davon erfuhr, wandte sich an den Sul-
tan, der die Anstifter verhaften ließ.“

Die Bestätigung dieser beunruhigenden Nach-
richt bleibt abzuwarten; es wäre immerhin seltsam,
wenn wirklich erst nach Monatsfrist die erste
Kunde solcher ersten Vorkommnisse nach Europa
gedrungen sein sollte. Wahr ist es freilich, daß
die in Sanbhar anwesenden Europäer selbst die
Haltung der Eingeborenen wiederholt als eine
sehr bedrohliche geschildert haben.

Das deutsche Geschwader in den ostafri-
kanischen Gewässern hat seit dem Beginn seiner
Operationen daselbst im Ganzen 19 Mann durch
den Tod verloren, wobei die drei ermordeten
Matrosen der „Möve“, sowie einer, der im
Kampf gefallen ist, mit eingerechnet sind. Offi-
ziere und Mannschaften, deren Gesundheit durch
Fieber oder andere Krankheiten ernstlich ange-
griffen war, sind mehrfach mit den Postdampfern
nach Hause zurückgeschickt worden.

Jeden zur Zeit der Ebbe beibehalten. Das Da-
sein solcher Flußarme jedoch zugeben, bleiben
die Schwierigkeiten der Schiffahrt von der
Mündung nach Sena doch dieselben. Der ver-
änderliche Zustand dieser Gewässer ist den por-
tugiesischen Marineoffizieren wohl bekannt. Sand-
bänke und Inselfen pflegen sich im Verlauf weniger
Stunden zu bilden.

Kiel, 6. Mai. Ihre Majestät die Kaiser-
in empfing heute Mittag Ihre königl. Hoheit
die Prinzessin Irene, Nachmittags 3 Uhr die
Damen der kaiserlich-holländischen Altkönigin.
Um 6 Uhr ist Diner im Schloß.

Kiel, 6. Mai. Se. Majestät der Kaiser
ist an Bord der „Irene“ um 5 1/2 Uhr nach hier
zurückgekehrt. Beim Passiren der im Hafen an-
kernden Kriegsschiffe „Dobnburg“, „Sachsen“,
„Baben“, „Kaiser“, „Deutschland“, „Preußen“,
„Friedrich der Große“, „Nixe“, „Grille“,
„Ariadne“, „Mucquita“, „Nover“ salutirten die-
selben mit je 33 Schuß.

Kiel, 6. Mai. Ihre Majestät die Kaiser-
in und Ihre königl. Hoheiten die Frau Prin-
zessin Heinrich und die Frau Erbprinzessin von
Meiningen, sowie die Prinzessin Altr von Hessen
besuchten heute Vormittag die Städte, wo Kaiser
Wilhelm I. den Grundstein zum Nordostkanal
legte. Mittags empfing Ihre Majestät die Prin-
zessin Beatrix von Holland, welche auch zur
Frühstückstafel geladen war. Nachmittags unter-
nahm Allerhöchstdieselbe eine Fahrt nach Levenau
und besichtigte daselbst die Baraden der Kanal-
arbeiten.

Dortmund, 6. Mai. (B. L.) Der Streif
ist allgemeiner geworden und erstreckt sich auf
fast sämtliche Bezüge des Gelsenkirchener Me-
diers. Auf mehreren Gruben war die Beleg-
schaft zwar angefahren, sie weigerte sich aber
aus Furcht vor den Streikenden, zu arbeiten.
Oberpräsident v. Hagemeister, Regierungspräsident
v. Rosen und Oberbergamts Jung von hier be-
finden sich in Gelsenkirchen. 2 weitere Kom-
pagnien Militär sind eingetroffen.

Spreit, 5. Mai. Die Theilnahme an der
Gedächtnisfeier der Protektion von 1529 ist
in stetigem Wachsen. Ein nicht geringes Ver-
dienst hat sich hierbei die Presse erworben. So
ist es möglich geworden, daß die pro 1889 ab-
gelieferten Beiträge bereits 58.000 Mark be-
trugen, darunter 47.000 Mark aus der Pfalz,
von wo noch weitere 10.000 Mark angemeldet
sind. Für Preußen sind als namhaftere Gaben
zu verzeichnen aus den Provinzen Posen 300
Mark, Westfalen 800 Mark, Schlesien 300
Mark, Hessen-Nassau und Schleswig-Holstein je
205 Mark. In freundlicher Weise hat Baden
bereits 2400 Mark gesendet, welchem das Kö-
nigreich Sachsen mit 1460 Mark zur Seite tritt.
Auch Braunschweig mit 600 Mark verdient dan-
kbare Erwähnung. Möchten diese Beispiele zur
Nachfolge anspornen.

Musland.
Pest, 6. Mai. Nach dem vom Finanz-
ministerium veröffentlichten Ausweis über die
Brutto-Einnahmen und Ausgaben der Staats-
kassen im 1. Quartal 1889 betragen die Ge-
samteinnahmen 73,065,117 Gulden, also um
3,755,345 Gulden mehr und die Gesamtaus-
gaben 88,528,139 Gulden, also um 6,506,136
Gulden weniger als in der gleichen Periode des
Jahres 1888. Die Bilanz stellt sich somit für
das 1. Quartal 1889 um 10,351,482 Gulden
günstiger als im vergangenen Jahre.

Brüssel, 4. Mai. Die Fische, welche der
Bürgermeister von Lüttich, d'Andrimont, in Berlin
bei Gelegenheit der Eröffnung der Ausstellung
für Unfallversicherung gehalten hat, war hierher
durch ein „Havas“-Telegramm gemeldet worden,
das ganz unentbehrliche Aeußerungen enthielt. Der
wirdliche Wortlaut der Rede, worin d'Andrimont
auf das gute Einvernehmen Belgiens und Deutsch-
lands trank, ohne selbstverständlich die ihm be-
zogenen Wünsche nach einem politischen Bündnis
auszupreisen, ist jedenfalls eine erfreuliche Kund-
gebung, welcher sowohl die Regierung als die
Besserdenken vollen Einverständnis entgegen-
bringen werden. Der einzige Belgier, welcher
von Berlin aus hiesige Blätter mit Nachrichten
versorgt, und zwar in der unbefangenen Weise,
gibt diesen Gefühlen auch in dem Antwerpener
„Pecurieur“ Ausdruck mit dem wohlgemeinten
Rath, seine Landsleute möchten doch endlich Ber-
lin und das deutsche Reich überhaupt ansehen,
um endlich einmal klare und richtige Anschauun-
gen darüber zu gewinnen. Der Berichterstatter
ist des Lobes voll über die gastliche Aufnahme,
welche seine Landsleute bei dem erwähnten Anlaß
in der deutschen Reichshauptstadt finden. Die
hiesige Regierung hat übrigens mit einer lobens-
werthen Unparteilichkeit die Wage zwischen
Deutschland und Frankreich gehalten, indem sie
an keiner der beiden Ausstellungen von Paris
und Berlin amtlich theilnimmt, wohl aber die
Besichtigung derselben mit allen ihr zu Gebote
stehenden Mitteln gefördert hat.

Brüssel, 5. Mai. Zur Frauen- und Kin-
derarbeit in Belgien entnehmen wir dem „Hamb.
Korresp.“ folgende Mittheilungen:

„In der Ausübung der Frauen- und
Kinderarbeit nimmt Belgien eine der ersten Stel-
len ein, und alle Versuche, um diese Arbeit im
Wege der Gesetzgebung im Interesse der Arbeit-
er zu regeln, sind bis heute durch die belgischen
Großindustriellen vereitelt worden. Als vor vier
Jahren nach der Unterdrückung der Arbeiter Un-
ruhen in einer von der Regierung veranfaßten
Enquete die größte Ausbeutung der Arbeiter
und Kinder auf allen industriellen Gebieten ent-
deckt worden, war die Entrüstung im ganzen
Land eine so tiefgehende, daß die Regierung
auf die Frauen- und Kinderarbeit regelndes
Gesetz der Kammer zugehen ließ. Diese über-
wies es einem Ausschusse, bei dem es seit zwei
Jahren ruht. In der letzten Kammerperiode
fragte der Führer der Rechten, der Deputirte
Wölfe, den Kammerpräsidenten, wann endlich der

